

Büro des Beauftragten für das
Bundestagswahlprogramm 2025
Dr. Marco Melle

Per E-Mail

Berlin, den 21.01.2025

**Betreff: Ewigkeitschemikalien PFAS – ambitionierte Politik im Wahlprogramm zur
Bundestagswahl 2025**

Sehr geehrter Herr Dr. Melle,
Sehr geehrte Damen und Herren,

wir kontaktieren Sie hiermit erneut bzgl. des vorläufigen Wahlprogramms der CDU und wie die Chemikaliengruppe der per- und polyfluorierten Alkylsubstanzen - auch Ewigkeitschemikalien genannt – adressiert werden. PFAS gehören zu den dringendsten umwelt- und industriepolitischen Themen unserer Zeit. **Wir bitten Sie hiermit, die im Entwurf des Wahlprogramms der CDU zur Bundestagswahl 2025 enthaltene Formulierung zu PFAS-Chemikalien zu überprüfen und auf dem kommenden Parteitag eine ambitioniertere Formulierung vorzuschlagen.**

Wir schlagen Ihnen vor, den Absatz auf der Seite 25 des Wahlprogrammmentwurfs wie folgt zu ändern:

Die Verwendung von PFAS beschränken. Wir schützen Gesundheit und Umwelt, sichern zudem die Verfügbarkeit sicherer und nachhaltiger Chemikalien und schaffen so eine Planungssicherheit für Unternehmen. Chemikalien, die mit inakzeptablen Risiken verbunden sind, sollen nicht mehr verwendet werden. Hierfür sieht die EU-Chemikalienverordnung (REACH) das Verfahren der Beschränkung vor, mit dem (Gruppen von) Substanzen reguliert werden können, einschließlich Ausnahmeregelungen oder Übergangsfristen für sog. essenzielle Verwendungen. Dies unterstützt auch unsere Investitionen in die Forschung für Ersatzstoffe und in schadstoffarme, geschlossene Kreisläufe.

Weitere Vorschläge für die Chemikalienpolitik hatten wir Ihnen in unserem Schreiben vom 30.10. 2024 mitgeteilt und schicken sie auch mit diesem Brief nochmals mit.

In den kürzlich veröffentlichten Informationen des [Forever Lobbying Projects](#) wird deutlich, dass die Argumente, der Vertreter*innen von Industrieverbänden falsch und irreführend sind und vom Problem der Umwelt- und Gesundheitsschäden durch PFAS sowie den damit verbundenen hohen gesellschaftlichen Kosten ablenken.

Bitte nehmen Sie zur Kenntnis, dass für viele Verwendungen bereits Alternativen vorhanden sind und PFAS schnell ersetzt würden, wenn sich der regulatorische Druck erhöht. Sehen Sie auch die Chancen, die sich für die deutsche und europäische Wirtschaft ergeben, wenn sie weltweit eine Vorreiterrolle für PFAS-freie Produkte einnimmt.

Bitte vermeiden Sie eine undifferenzierte Sprache (Stichwort „Pauschalverbot“), die verkennet, dass der Vorschlag für die PFAS-Beschränkung bereits lange Übergangsfristen für Verwendungen (z.B. Anwendungen in der Medizin) vorsieht, für die es derzeit noch keine Alternativen gibt. Und gestatten Sie sich, sowohl in die Innovationskraft der Wirtschaft zu vertrauen als auch in die technisch-wissenschaftlichen Ausschüsse, die den Beschränkungsvorschlag derzeit prüfen und überarbeiten.

Vermeiden Sie, dass die deutsche und europäische Wirtschaft auf das falsche Pferd „Fluorchemie“ setzt, die nicht nur die Gesundheit und die Umwelt bedroht, sondern auch immense gesellschaftliche Kosten verursacht und mittelfristig weltweit zu den „Ladenhütern“ gehören wird. Nehmen Sie sich stattdessen in Ihrem Programm vor, die Rahmenbedingungen für die Transformation des Chemiesektors so zu gestalten, dass Produkte wie PFAS nicht mehr hergestellt werden, sondern sichere und nachhaltige Chemikalien.

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

- ❖ Manuel Fernandez, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
- ❖ Antonia Reihlen, CHEM Trust Europe
- ❖ Christine Lützkendorf, Deutsche Umwelthilfe
- ❖ Florian Schulze, European Network for Environmental Medicine
- ❖ Tom Kurz, Forum Umwelt und Entwicklung
- ❖ Alexandra Caterbow, Health Environment Justice Support
- ❖ Johanna Hausmann, Women Engage for a Common Future